

Niederschrift
über die 23. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 2. Dezember 2008

Anwesend:

I. Stimmberechtigte Mitglieder

Mitglieder des Kreistages

1. Paffen, Willi, Heinsberg
- Vorsitzender –
2. Ringering, Marietta, Erkelenz
3. Rode, Friedhelm, Übach-Palenberg
4. Schaaf, Edith, Erkelenz
5. Schlömer, Klara, Wegberg
6. Schmitz, Heinz-Wilhelm, Hückelhoven

VertreterInnen von anerkannten Trägern der freien Jugendhilfe

7. Engels, Willi, Heinsberg
8. Sannig, Jens, Übach-Palenberg

II. Beratende Mitglieder

1. Machat, Liesel
2. Oehlschläger, Hans-Jürgen
3. Dr. Feldhoff, Karl-Heinz
4. Hamann, Herbert

Teilnehmende weitere Fachkräfte der Verwaltung des Kreisjugendamtes

1. Steinhäuser, Michael
2. Sieben, Friedhelm
3. Breuers, Norbert

Als StellvertreterInnen der stimmberechtigten und beratenden Mitglieder des Jugendhilfeausschusses nehmen teil

1. Dahmen, Karl-Ernst
als Vertreter für
Küppers, Gottfried
2. Heinrichs, Claudia
als Vertreterin für
Geiser, Petra
3. Heinrichs, Franz
als Vertreter für
Hermanns, Wolfgang
4. Köster-Gendrisch, Ursula
als Vertreterin für
Eidems, Renate
5. Lövenich, Rainer
als Vertreter für
Beschoner, Ingrid (bis 16.50 Uhr)
6. Schmitz, Kristina
als Vertreterin für
Götting, Heike
7. Sevenich-Mattar, Ursula
als Vertreterin für
Meurer, Dieter
8. Thelen, Friedhelm
als Vertreter für
Reyans, Norbert

Es fehlen entschuldigt:

1. Eidems, Renate
2. Geiser, Petra
3. Gudat, Helmut
4. Hecker, Hildegard
5. Küppers, Gottfried
6. Meurer, Dieter
7. Mundorf, Antje
und ihre Vertreterin
Buschfeld, Friederike
8. Reyans, Norbert
9. Tegtmeyer, Andreas
und sein Vertreter
Zweipfennig, Hubert

Als Gäste:

Herr Lehmkuhl, Agentur für Arbeit (TOP 2)
Frau Lünen, RAG (TOP 2)
Frau Steffens, RAG (TOP 2)
Frau Steingießer, Kreissportbund (TOP 3)

Beginn der Sitzung: 16.05 Uhr

Ende der Sitzung: 18.05 Uhr

Der Jugendhilfeausschuss des Kreises Heinsberg versammelt sich heute zu seiner 23. Sitzung im kleinen Sitzungssaal des Kreishauses Heinsberg.

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt die vorliegende Tagesordnung, die ordnungsgemäße Einberufung zur Sitzung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Sodann wird die nachstehende Tagesordnung behandelt.

Tagesordnung:

- Öffentliche Sitzung -

1. Verpflichtung eines Ausschussmitglieds
2. Entscheidung über die Weiterführung des Projekts „Vertiefte Berufsorientierung“
3. Vorstellung des Projekts „Schwer mobil“
4. Handlungskonzept der Landesregierung für einen besseren und wirksameren Kinderschutz in Nordrhein-Westfalen
5. Bericht der Verwaltung

- Nichtöffentliche Sitzung –

6. Vorstellungen der Verwaltung des Jugendamtes zum Haushalt 2009

**Niederschrift über die Sitzung des
Jugendhilfeausschusses am 02.12.2008**

Beratungsfolge	Sitzungstermin
Jugendhilfeausschuss	2. Dezember 2008

Öffentliche Sitzung

Tagesordnungspunkt 1:

Frau Schmitz sollte in der Sitzung am 27. Oktober 2008 verpflichtet werden. Wegen einer Erkrankung konnte sie an dieser Sitzung nicht teilnehmen.
Die Verpflichtung wurde vertagt und ist für die 23. Sitzung vorgesehen.

Frau Schmitz wird verpflichtet. Sie unterschreibt anschließend die Niederschrift über ihre Verpflichtung.

**Niederschrift über die Sitzung des
Jugendhilfeausschusses am 02.12.2008**

Beratungsfolge	Sitzungstermin
Jugendhilfeausschuss	2. Dezember 2008

Öffentliche Sitzung

Tagesordnungspunkt 2:

Entscheidung über die Weiterführung des Projekts „Vertiefte Berufsorientierung“

Der Jugendhilfeausschuss hat in seiner Sitzung am 7. Januar 2008 die RAG mit der Durchführung der „Vertieften Berufsorientierung“ beauftragt und Finanzierungsmittel von höchstens 70.000,00 Euro bereitgestellt. Das Projekt der „Vertieften Berufsorientierung“ läuft seit dem 01.02.2008 und wird zum 31.12.2008 abgeschlossen. Der vorläufige Abschlussbericht wird zz. ausgewertet. Die RAG wird den Bericht dem Ausschuss vorstellen.

In der Sitzung ist auch zu entscheiden, ob das Projekt 2009 weitergeführt werden soll. Die Verwaltung des Jugendamtes wird in Abstimmung mit der Bundesagentur für Arbeit und dem Schulamt in der Sitzung eine Beschlussempfehlung vorlegen.

Frau Steffens berichtet über den Verlauf des Projektes im Jahr 2008 und beantwortet anschließend Fragen des Ausschusses.

Herr Oehlschläger zitiert die kritischen Anmerkungen aus der schulfachlichen Stellungnahme.

Herr Lehmkuhl von der Bundesagentur für Arbeit bemerkt, dass trotz der kritischen Feststellungen seitens des Schulamtes die Inhalte und Ziele der „Vertieften Berufsorientierung“ nicht verfehlt wurden und das Konzept entsprechend geändert werden kann.

Die schulfachliche Stellungnahme ist der Niederschrift als Anlage 1 zum Tagesordnungspunkt 2 beigelegt.

Frau Schlömer führt aus, dass unabhängig von der „Vertieften Berufsorientierung“ die Schule die SchülerInnen auf das Berufsleben vorbereitet. Dies wird von Herrn Lehmkuhl bestätigt. Die „Vertiefte Berufsorientierung“ ist jedoch als weitergehende und ergänzende Maßnahme zu verstehen.

Einig war sich der Ausschuss, dass die „Vertiefte Berufsorientierung“ neben allen anderen Maßnahmen, die bereits in den Haupt- und Förderschulen im Rahmen der Berufsvorbereitung geleistet werden, eine sinnvolle Ergänzung für die SchülerInnen hinsichtlich ihrer Berufswahl darstellt.

Der Ausschuss bittet darum, dass bei der Konzeptüberarbeitung alle sonstigen Ressourcen (z. B. Beteiligung der IHK) geprüft und ggf. aufgenommen werden.

Die Verwaltung des Jugendamtes schlägt dem Jugendhilfeausschuss in Abstimmung mit der Agentur für Arbeit und dem Schulamt vor, die „Vertiefte Berufsorientierung“ mit der RAG ab dem 01.02.2009 unter Berücksichtigung eines überarbeiteten Konzeptes fortzuführen.

Der Ausschuss schließt sich dieser Empfehlung mehrheitlich bei einer Enthaltung an.

**Niederschrift über die Sitzung des
Jugendhilfeausschusses am 02.12.2008**

Beratungsfolge	Sitzungstermin
Jugendhilfeausschuss	2. Dezember 2008

Öffentliche Sitzung

Tagesordnungspunkt 3:

Vorstellung des Projekts „Schwer mobil“

Frau Steingießer vom Kreissportbund wird das Projekt vorstellen.

Frau Steingießer gibt einen Überblick über das Projekt „Schwer mobil“ und beantwortet anschließend Fragen des Ausschusses.

Der Power-Point-Vortrag ist der Niederschrift als Anlage 1 zu Tagesordnungspunkt 3 beigelegt.

**Niederschrift über die Sitzung des
Jugendhilfeausschusses am 02.12.2008**

Beratungsfolge	Sitzungstermin
Jugendhilfeausschuss	2. Dezember 2008

Öffentliche Sitzung

Tagesordnungspunkt 4:

**Handlungskonzept der Landesregierung für einen besseren und wirksameren
Kinderschutz in Nordrhein-Westfalen**

Herr Dr. Feldhoff und Herr Oehlschläger berichten über die 15 Eckpunkte des Handlungskonzeptes der Landesregierung und beantworten anschließend Fragen des Ausschusses.

Der Power-Point-Vortrag ist der Niederschrift als Anlage 1 zu Tagesordnungspunkt 4 beigelegt.

**Niederschrift über die Sitzung des
Jugendhilfeausschusses am 02.12.2008**

Beratungsfolge	Sitzungstermin
Jugendhilfeausschuss	2. Dezember 2008

Öffentliche Sitzung

Tagesordnungspunkt 5:

Bericht der Verwaltung

Herr Oehlschläger geht auf den Filmbericht von SAT 1 ein und weist die Verwürfe des Senders zurück.

Nach Auffassung des Jugendamtes war der Bericht nicht objektiv und Sachverhalte wurden verzerrt dargestellt. Das Jugendamt leistet seit Jahren in der Familie Hilfen. Aussagen, wie „dreckige Hölle“ oder „ohnmächtiges Jugendamt“ sind unzutreffend. Es bestand zu keiner Zeit Kindeswohlgefährdung (z. B. Seuchengefahr).

Die Kinder wurden durch die vom Jugendamt eingesetzten Fachkräften angehalten, die Schule zu besuchen. Arzt- und sonstige Termine (Logopädie) wurden stets wahrgenommen. Die Wohnverhältnisse im Haus in Birgden waren zwar nicht ideal, aber bei 9 Kindern ist eine „gewisse“ Unordnung nicht unüblich. Eine rechtliche Grundlage für eine Herausnahme der Kinder war nicht gegeben.

Anlage 1 zu Tagesordnungspunkt 2
Schulamt
für den Kreis Heinsberg

KREISVERWALTUNG * 52523 HEINSBERG



An das
Jugendamt des Kreises Heinsberg
Herrn Oehlschläger

im Hause

Geschäftszeichen: 40
Auskunft erteilt: Frau Schardt
Zimmer-Nr.: 329
Zentrale: 02452-13- 0
Durchwahl: 02452-13- 4090
Telefax: 02452-13- 4095
E-Mail: Marianne.Schardt
@Kreis-Heinsberg.de

Datum: 24. November 2008

Schulfachliche Stellungnahme zum Projekt „Übergang Schule-Beruf“ im Rahmen der Vertieften Berufsorientierung, durchgeführt durch die RAG, Hückelhoven

1. Bewertung des Projektrahmens

Erfolg und Ertrag des Projekts sind zunächst an seiner Intention zu messen. Demnach ist es Ziel der Maßnahmen, Schülerinnen und Schüler von Haupt- und Förderschulen, die voraussichtlich keinen Schulabschluss bekommen und deshalb sehr schwer in eine Ausbildung zu vermitteln sind,

- für einen Schulabschluss zu motivieren,
- bei der Berufsfindung zu unterstützen,
- frühzeitig an die Arbeitswelt heranzuführen
- sowie den Übergang von der Schule in den Beruf zu erleichtern.

Hierzu bietet das Projekt die folgenden Inhalte:

- vertiefte Kompetenzfeststellung (eine Woche)
- Vermittlung berufs-/betriebskundlicher Erkenntnisse und Erfahrungen (eine Woche)
- Bewerbungscoaching (ein Tag)

Diese Aktionen sind in besonderem Maße geeignet, die schulisch möglichen Angebote an Schülerinnen und Schüler zu ergänzen, besondere Hilfen bei einer kompetenzorientierten und individualisierten Berufsorientierung zu leiten und Zugänge zu wichtigen außerschulischen Lern- und Erfahrungsorten zu ermöglichen.

2. Bewertung der Rückmeldungen über die Ergebnisse

Am Projekt nahmen 197 Schülerinnen und Schüler (133 männlich, 64 weiblich, insgesamt 167 dt. Nationalität) von sechs Förderschulen und elf Hauptschulen teil. Rückmeldungen liegen aus 13 Schulen vor. Auf diese stützt sich meine Stellungnahme.

Dienstgebäude:
Valkenburger Str. 45
52525 Heinsberg
Telefax: 02452/13-1100
Internet: www.kreis-heinsberg.de
E-Mail: schulamt@kreis-heinsberg.de

Sprechstunden:
Verwaltung: mo. – fr. 8.30 - 12.00 Uhr
di. u. do. 14.00 - 17.00 Uhr
Schulräte: nach Vereinbarung

Kontoverbindungen:
Kreissparkasse Heinsberg
(BLZ 312 512 20) Konto-Nr. 273
Postbank Köln
(BLZ 370 100 50) Konto-Nr. 254 40 - 503

Anlage 1 zu Tagesordnungspunkt 2

2.1 Beurteilung der Maßnahme durch Schülerinnen und Schüler

Die Jugendlichen beurteilen den Ertrag des Projekts aus ihrem direkten persönlichen Bedarfsempfinden heraus, sind deshalb überwiegend subjektiv gefärbt und gerade deshalb von hoher Aussagekraft. In den vorliegenden Berichten werden sie folgendermaßen zitiert:

- „Die Rückmeldungen der Schülerinnen und Schüler sind durchweg positiv.“
- „Die Maßnahme hat mir Klarheit verschafft über meine beruflichen Möglichkeiten.“
- „Ich habe jetzt einen konkreten Berufswunsch.“
- „Ich konnte für mich eine Perspektive für die Zeit nach der Schule entwickeln.“
- „Ich gehe neu motiviert wieder in die Schule.“
- „Ich konnte viel über Betriebe und deren Anforderungen erfahren.“
- „Besonders die Praxiswoche hat sehr viel Spaß gemacht.“

Negative Rückmeldungen aus Schülersicht liegen demnach nicht vor. Dies belegt insbesondere in Anbetracht des hohen Anspruchs deutlich den Erfolg der Aktionen.

2.2 Beurteilung der Maßnahme durch die beteiligten Lehrkräfte

Die betreuenden Kolleginnen und Kollegen beurteilen das Projekt vor dem Hintergrund der pädagogischen und schulischen Zielsetzungen und ihrer Kenntnis der individuellen sowie grundsätzlichen Fördernotwendigkeiten. Deshalb wird hier auch die Passung der Aktivitäten in den Gesamtrahmen der Berufs- und Lebensorientierung betrachtet. Naturgemäß finden sich hier sowohl positive Anmerkungen als auch Hinweise auf wünschenswerte Optimierungen.

Zunächst finden sich auch hier viele Aussagen über eindrucksvolle Erfolge:

- „Durch die Maßnahmen wurden die Jugendlichen positiv bestärkt und motiviert.“
- „Die Jugendlichen kommen mit klareren Vorstellungen aus der Maßnahme.“
- „Die Jugendlichen konnten Perspektiven für die Zeit nach der Schule entwickeln.“
- „Die Zielsetzungen waren geeignet, die Jugendlichen weiterzubringen.“
- „Die Seminar- und Fachleiter der RAG hatten einen guten Zugang zu den Jugendlichen.“
- „Die betriebs- und berufskundlichen Erkenntnisse konnten erweitert werden.“
- „Die Abschlussberichte beschreiben die Stärken und Schwächen der Jugendlichen.“
- „Das Abschlussgutachten ist geeignet für die Weiterarbeit mit dem Berufswahlpass.“
- „Es können jetzt besser Hilfen bei einer Beratung oder Umorientierung gegeben werden.“

Als verbesserungswürdig, zum Teil auch kritisch, wird angemerkt:

- „Die Zeitabstände zwischen den drei Modulen waren entschieden zu lang. Es fehlte ein straffer und zügiger Ablauf der Maßnahme.“
- „Das Gutachten ist schlecht kommunizierbar mit Schülern und Eltern. Außerdem ist es in vielen Fällen nach Ansicht der Lehrer ‚zu gut‘ ausgefallen und hat dadurch falsche Erwartungen geweckt.“
- „Die Verarbeitung der gewonnenen Erkenntnisse muss unbedingt im direkten Anschluss an die Maßnahme erfolgen, z. B. durch den Berufsberater.“
- „Teilweise erfolgte die Zuteilung der Jugendlichen in Berufsfelder, die diese nicht gewählt hatten.“
- „Die Terminansetzungen waren für eine gute Vorplanung in der Schule zu kurzfristig.“
- „Die Aufgabe der begleitenden Lehrkräfte war nicht geklärt. Dadurch kam es in einzelnen Fällen zu Kompetenzproblemen.“

...

Anlage 1 zu Tagesordnungspunkt 2

Von diesen Rückmeldungen sind insbesondere die ersten drei als wichtige, weil pädagogisch sehr relevante Anforderungen an eine Optimierung der Konzeption zu sehen, während die anderen eher problemlos zu korrigierende organisatorische Details darstellen.

Mehrere dieser Punkte konnten allerdings bereits während des Projekts angegangen und abgestellt werden. In einer ersten Evaluationsveranstaltung wurden die verbliebenen Punkte angesprochen und gemeinsam wurde nach Verbesserungsmöglichkeiten gesucht.

3. Fazit:

Bei im Sinne der Feststellungen unter 2.2 verbesserter Organisation und Kommunikation stehen die teilnehmenden Schulen (mit Ausnahme einer Förderschule, die sich in einer anderen Maßnahme befindet) der Weiterführung des Projekts positiv gegenüber.

Dieser Einschätzung schließe ich mich, wie hier dargestellt, an.

Im Auftrag

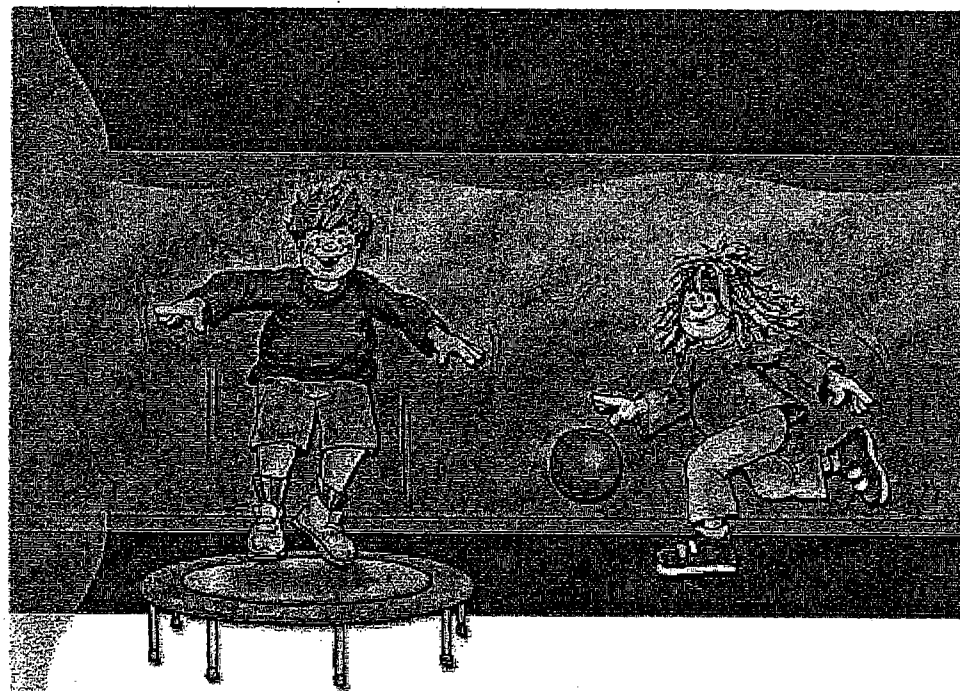


Schardt
Rektorin



IM KREISSPORTBUND HEINSBERG E.V.

▷ Breitensport vor Ort ▷ Schwer mobil ▷ Übersicht



Bewegung, Spiel und Sport
für übergewichtige Kinder und Jugendliche
Das Projekt **schwer mobil**
im Kreis Heinsberg

Information für Vereine

Anlage 1 zu Tagesordnungspunkt 3



IM KREISSPORTBUND HEINSBERG E.V.

► Breitensport vor Ort ► Schwer mobil ► Zusammenfassung

Träger des Projektes:

- Sportjugend NRW im LandesSportBund NRW
- Innenministerium
- Landesverband der Betriebskrankenkassen NRW BKK
- Gmündener Ersatzkasse GEK
- Metro Group

Einige Daten in Kurzfassung:

- Derzeit nehmen in Nordrhein – Westfalen ca. 181 Vereine am Projekt Schwer mobil teil.
- Zurzeit sind ca. 1200 Kinder und Jugendliche im Alter zwischen 7 und 17 Jahren in den Projektvereinen aktiv.
- 99% der am Projekt teilnehmenden Kinder war vorher noch nie im Sportverein aktiv
- 99% der Kinder, die das Angebot über ein Jahr mitmachen, bleiben anschließend im Verein aktiv

Koordinierungsstelle schwer mobil für den Kreis Heinsberg:

Sportjugend im KSB Heinsberg e.V.
Stapper Str. 36
52525 Heinsberg

Tel.: 02452 / 904005
Fax: 02452 / 904010
Email: info@sportjugend-heinsberg.de
Internet: www.sport-im-kreis-heinsberg.de

Ansprechpartner:

Annegret Steingießer
Tel.: 02431/70865
Email: annegret.steingiesser@t-online.de



IM KREISSPORTBUND HEINSBERG E.V.

▷ Breitensport vor Ort ▷ Schwer mobil ▷ Ziele und Leistungen

Ziel ist es

- die Mädchen und Jungen durch das Angebot anzuregen, ihre eigene Einstellung zu Bewegung und Ernährung zu verändern.
- die Eltern zu motivieren, diesen Prozess positiv zu unterstützen und mit zu tragen.

Laufzeit der Bewegungsangebote:

mindestens über ein Jahr, Beginn nach den Sommerferien 2008. Die Auswirkungen der Bewegungsangebote auf die Mädchen und Jungen werden bis 2010 wissenschaftlich begleitet.

Leistungen der beteiligten Sportvereine:

- Die Sportvereine bieten eigene Angebote für übergewichtige Mädchen und Jungen an, bei Bedarf auch nach Geschlechtern getrennt. Die Angebote vermitteln die Bereiche Bewegung, Ernährung und Beratung durch qualifizierte Mitarbeiter/innen.
- Die Übungsleiter/innen qualifizieren sich mit der Ausbildung auf 2. Lizenzstufe, Profil "Gesundheitstraining für Kinder".
- Die Vereine erwerben für das Angebot das Qualitätssiegel SPORT PRO GESUNDHEIT.
- Sie sichern die Finanzierung und Durchführung der Bewegungsangebote durch Zusammenarbeit mit dem zuständigen Stadt- und Kreissportbund und Netzwerken mit politischen Gremien und Organen der Gesundheitsförderung dauerhaft.
- Sie dokumentieren ihre Arbeit und Erfahrungen und beteiligen sich an Projekttreffen und der wissenschaftlichen Untersuchung.

Leistungen der Koordinierungsstellen für die Vereine

- Sie unterstützen bei der Ernährungsberatung und der psychologischen Betreuung
- Sie unterstützen durch entsprechende Materialien für ÜL/innen, Eltern und Kinder
- Sie unterstützen bei der Öffentlichkeitsarbeit
- Sie veranstalten Projekttreffen und regionale Fachtage. Die Teilnahme für Projekt-Vereine ist kostenlos.

Leistungen der Träger

- Jeder Verein erhält eine Anschubfinanzierung von 500,-- €.
- Die Träger veranstalten NRWweit Fachtagungen und Kongresse. Die Teilnahme für Projektvereine ist

kostenlos.

- Die Träger veranstalten NRWweit Sport- und Spielfeste für die Kinder der **schwer mobil** Gruppen. Die
- Teilnahme für Kinder und deren Betreuer ist kostenlos.
- Sie organisieren die wissenschaftliche Untersuchung und sichern sie ab.

Koordinierungsstelle schwer mobil für den Kreis Heinsberg:

Sportjugend im KSB Heinsberg e.V.
Stapper Str. 36
52525 Heinsberg

Tel.: 02452 / 904005
Fax: 02452 / 904010
Email: info@sportjugend-heinsberg.de
Internet: www.sport-im-kreis-heinsberg.de

Ansprechpartner:

Annegret Steingießer
Tel.: 02431/70865
Email: annegret.steingiesser@t-online.de

„Handlungskonzept der Landesregierung für einen besseren und wirksameren Kinderschutz in Nordrhein-Westfalen“

**Dr. med. K. H. Feldhoff,
Gesundheitsamt
Herr Oehlschläger,
Jugendamt**

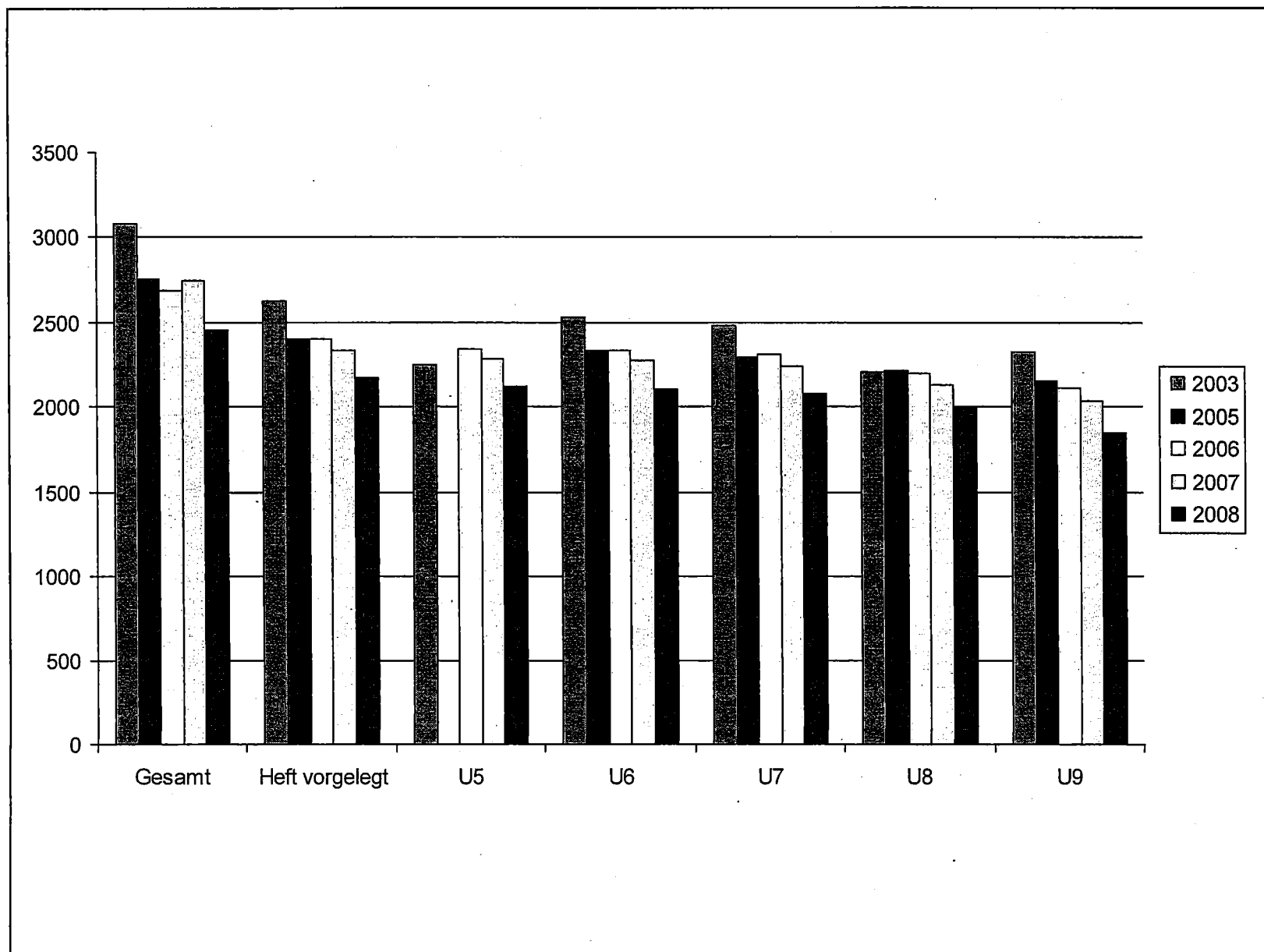


02.12.2008

1.

**Die Teilnahme an
Früherkennungs-
untersuchungen muss
sichergestellt sein.**





2.

**Die Landesregierung
strebt eine Änderung
der Früherkennungs-
richtlinien an.**



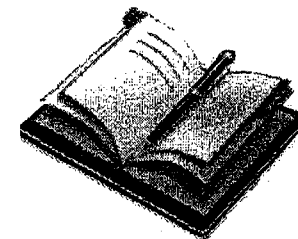
3.



Die Landesregierung unterstützt die von der Bundesministerin der Justiz angestrebte Erleichterung von familiengerichtlichen Maßnahmen bei Gefährdung des Kinderwohls.

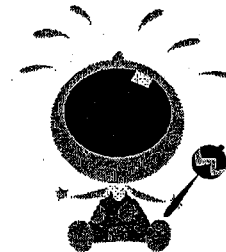
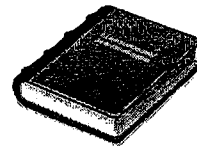
4.

In einem Gesetz für die Kindertagesstätten wird die Verpflichtung der Eltern, den Kindertageseinrichtungen bei der Anmeldung entweder das Vorsorgeheft vorzulegen oder eine entsprechende ärztliche Bescheinigung beizufügen, verstärkt.

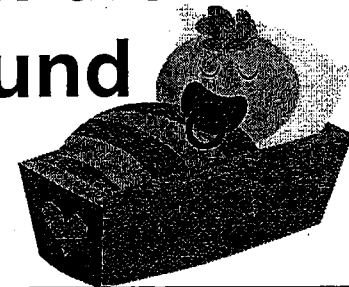


5.

**Das Land wird jeder Stadt oder
Gemeinde sowie jedem Kreis mit
einem eigenen Jugendamt für die
Eltern jedes neugeborenen Kindes
ein Elternbegleitbuch**

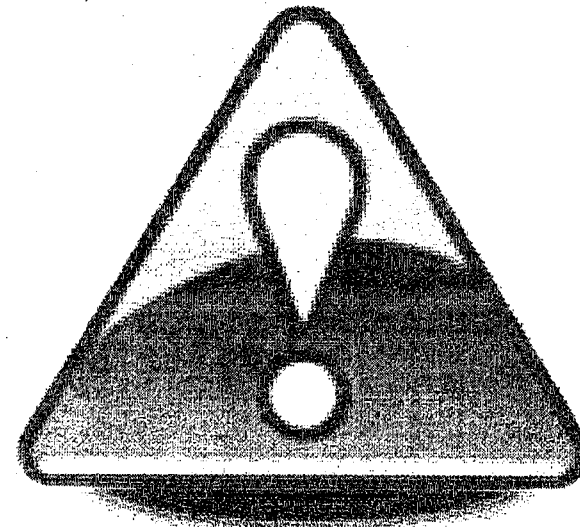


**zur Verfügung stellen. Damit können
rd. 150.000 junge Eltern durch die
Jugendämter angesprochen und
erreicht werden.**



6.

**Soziale Frühwarnsysteme
sollen flächendeckend
eingeführt werden.**



7.

**Mit der schrittweisen
Weiterentwicklung von 3.000
Kindertageseinrichtungen zu
Familienzentren wird das
kommunale Präventionsnetz
ausgebaut und qualifiziert.**



8.

**Mit dem Projekt
„Kommunales Management
für Familien – Komma, FF“
stellt Nordrhein-Westfalen
eine Software für eine ziel-
genaue kommunale Familien-
politik zur
Verfügung.**



9.

Das Land unterstützt die Fortbildungsinitiative der Landesjugendämter, des Instituts für soziale Arbeit und des Kinderschutzbundes für Fachkräfte der sozialen Arbeit zur zertifizierten „Kinderschutzfachkraft“.

10.



**Das Land wird gemeinsam
mit den Trägern der
Kinder- und Jugendarbeit
Empfehlungen zum
Kinderschutz entwickeln.**

11.

**Die Landesregierung
wird Lehrerinnen und Lehrer
qualifizieren und stärken,
Vernachlässigung von
Kindern wahrzunehmen und
entsprechend
zu reagieren.**



12.

Das Land wird die Familienbildung stärken und weitere Fachkräfte, die mit Familien arbeiten, für den Kinderschutz qualifizieren.

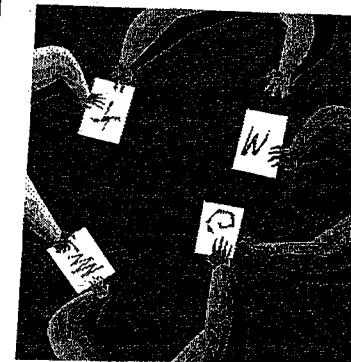


13.

Einrichtung einer Expertenkommission 2007 aus Vertretern des Kinderschutzes, der Ärzteschaft, der kommunalen Spitzenverbände, der Jugend-, Familien- und Gesundheitshilfe, der Schulen, der Krankenkassen, der Wohlfahrtsverbände, der Polizei und der Kirchen einrichten.

14.

Das Land wird den kontinuierlichen fachlichen Austausch mit den Kommunen und den freien Trägern der Kinder- und Jugendhilfe, die auf dem Gebiet des Kinderschutzes tätig sind, ausbauen.



15.

Das Land wird eine Studie zum Kinderschutz in Auftrag geben, um mehr Erkenntnisse über Ursache, Ausmaß und Handlungsoptionen zu erhalten.

